

RHEIN-SIEG-KREIS
DER LANDRAT

ANLAGE _____
zu TO.-Pkt. _____

61.3 Verkehr

10.05.2006

Mitteilung

für den
öffentlichen Sitzungsteil

Gremium und Datum	Planungs- und Verkehrsausschuss am 19.05.2006
-------------------	--

Tagesordnungspunkt	S 13 Troisdorf – Bonn-Oberkassel, Aktueller Sachstand
--------------------	--

Mitteilungstext:

In der Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 24.01.2006 hatte die Verwaltung zuletzt über den aktuellen Sachstand zur Planung der S13 berichtet. Der dort besprochene Variantenvergleich zwischen der Planfeststellungslösung und dem gemeinsamen Gegenvorschlag der Städte Troisdorf und Sankt Augustin sowie des Rhein-Sieg-Kreises liegt trotz mehrfacher Nachfrage in der endgültigen Fassung immer noch nicht vor.

Auf der Basis einer vorläufigen Kostenschätzung der DB hat die Verwaltung eine überschlägige Wirtschaftlichkeitsberechnung (Kosten-Nutzen-Analyse) in Anlehnung an standardisierte Verfahren zur Entscheidung von Infrastrukturinvestitionsvorhaben durchgeführt. Die Berechnung zeigte, dass der Gegenvorschlag des Rhein-Sieg-Kreises und der Städte langfristig wirtschaftlicher ist als die Lösung der Bahn. Ursache hierfür sind u.a. die hohen Unterhaltungskosten für die sehr alten Stahlbrücken. Zudem bietet die RSK-Lösung deutliche Vorteile im Bereich Lärm- und Naturschutz. Dieses Ergebnis hat die Verwaltung zum Anlass genommen, den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn anzuschreiben, ihm den Sachverhalt zu schildern und um Unterstützung zu werben. Parallel wurden die Bundes- und Landtagsabgeordneten der Region sowie die Verkehrsminister im Bund und Land informiert. Das Schreiben ist dem Anhang 1 zu entnehmen.

Von Seiten der Abgeordneten hat die Verwaltung viel Zuspruch erhalten. Einige unterstützen die Initiative der Städte und des Rhein-Sieg-Kreises indem sie ebenfalls an Herrn Mehdorn appellierten, sich einer einvernehmlichen und langfristig wirtschaftlichen Lösung nicht zu verschließen.

Die Deutsche Bahn AG antwortete, dass bei der Planung der S13 ausschließlich die Investitionskosten ausschlaggebend seien und hier sei die Bahnlösung günstiger. Das Verkehrsministerium NRW und die Bezirksregierung Köln sahen keine Möglichkeit die Position der betroffenen Städte sowie des Rhein-Sieg-Kreises zu unterstützen, da zum Einen kein zusätzliches Geld für die höheren Investitionskosten zur Verfügung stehen würde und zum Anderen keine Möglichkeit gesehen werde, die Bahn zu einem neuen Bauwerk zu zwingen.

Trotz dieser Rahmenbedingungen halten der Rhein-Sieg-Kreis und die Städte es weiterhin für wichtig, sich für eine Trassenbündelung und Lärmreduzierung einzusetzen. Zurzeit wird deshalb an Lösungen zur Einhaltung des Kostenrahmens unter Beibehaltung der genannten Ziele gearbeitet.

Zur Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 19.05.2006

Im Auftrag